

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Druckpreis: Durch unsere Post frei ins Haus monatlich 6.40 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 14.50 Mark, monatlich 5.40 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Bestellungen und Bestellungen nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die Nebenspalten Preiskarte oder deren Name für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Kellernspalten 3. — Mark. Bei größeren Aufträgen auf besondere Rabatt Angekündigt die Spalten 4, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/8, 1/10, 1/12, 1/16, 1/20, 1/24, 1/30, 1/36, 1/40, 1/48, 1/60, 1/72, 1/84, 1/96, 1/108, 1/120, 1/144, 1/168, 1/180, 1/200, 1/216, 1/240, 1/270, 1/288, 1/300, 1/324, 1/360, 1/384, 1/400, 1/420, 1/432, 1/450, 1/480, 1/500, 1/540, 1/560, 1/576, 1/600, 1/630, 1/648, 1/672, 1/700, 1/720, 1/744, 1/768, 1/792, 1/800, 1/840, 1/864, 1/880, 1/900, 1/960, 1/1000. Für die Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Auer
Druck: A. Auer
Verlagsanstalt: A. Auer
Post: 1000
Kassier: A. Auer
Schreiber: A. Auer

Nr. 114.

Donnerstag, den 19. Mai 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Das Reichskabinett hat sich gestern neben laufenden Angelegenheiten auch mit Personalfragen beschäftigt. Die Beratungen wurden noch nicht abgeschlossen.

Das Reichskabinett beschloß die Ausdehnung der Entwaffnungsaktion auf Bayern. Dem Reichskommissar für die Entwaffnung wurden Vollmachten für die Entwaffnungsaktion in Bayern erteilt.

Man meldet über Paris, daß das englische Kabinett einstimmig die Erklärung Lloyd Georges in der oberösterreichischen Frage gebilligt hat.

Aus London wird berichtet, daß die Entscheidung über Oberösterreich gegebenenfalls dem Völkerbund überlassen wird.

In Wien beginnen in nächster Woche die wichtigen Verhandlungen über die westungarische Frage.

Noch keine Ergänzung des Kabinetts Wirth.

Die Vervollständigung des Kabinetts Wirth ist noch nicht erfolgt. Das Außenministerium, das Finanzministerium, sowie das Ministerium für Wiederaufbau, sind noch unbesetzt, doch haben Vorschläge, welche Reichskanzler Wirth in den letzten Tagen mit führenden Persönlichkeiten gepflogen hat, die Verhandlungen so weit gefördert, daß mit neuen bevorstehenden Entscheidungen gerechnet werden kann. Für das Außenministerium ist eine Persönlichkeit in Aussicht genommen, die sich vorläufig noch Bedenken vorbehalten hat. Da das Schwerkraft des Kabinetts sich wesentlich nach der finanziellen und wirtschaftlichen Seite verschoben hat, dürften die Hauptaufgaben des neuen Außenministers sein, für einen ruhigen Gang der außenpolitischen Geschäfte, für die Aufrechterhaltung korrekter Beziehungen zu den anderen Großmächten und für die Vermeidung von Konfliktschüssen zu sorgen. Von außenpolitischer Bedeutung wird die gerechte Durchführung der Entwaffnung sein und im Zusammenhang damit die Haltung der süddeutschen Staaten, namentlich Bayerns. Die Unstimmigkeiten zwischen Berlin und München haben der Reichsregierung erhebliche außenpolitische Schwierigkeiten bereitet und es wird dem neuen Außenminister vorbehalten sein, ein vertrauensvolles Verhältnis mit den süddeutschen Ländern zu schaffen und zu erhalten.

Nach der Ernennung des neuen Ministers des Auswärtigen dürften aber, wie verlautet, personelle Veränderungen innerhalb des Auswärtigen Amtes erfolgen, bei denen auf die Wünsche mehrerer höherer Beamten, wieder im Auslande Verwendung zu finden, Bedacht genommen werden soll. Man glaubt zu wissen, daß Staatssekretär v. Daniel für einen Vorkämpferposten in Aussicht genommen ist. Der gegenwärtige deutsche Vorkämpfer in London Schamer soll amtsinabsteigen. An seine Stelle dürfte Staatssekretär v. Daniel nach London gehen. Auch der zweite Sekretär im Auswärtigen Amt Boyen wird seinem Wunsch gemäß einen Auslandsposten erhalten. An seine Stelle soll der gegenwärtige bayerische Handelsminister Dr. Hamm treten oder Geheimrat Wers, der durch seine geschickte Führung der Verhandlungen in Ernennungsgeschäften bekannt geworden ist. Eine wichtige Veränderung soll auch in der Reichskanzlei bevorstehen. Staatssekretär Albert, der Chef der Reichskanzlei, soll dem Reichskanzler sein Rücktrittsgesuch überreicht haben. Ueber die Nachfolgerschaft in dieser Stellung ist aber noch nichts bekannt.

Dr. Hamm — Reichsfinanzminister?

Der bayerische Handelsminister Dr. Hamm, der der demokratischen Reichstagsfraktion angehört, ist in Berlin eingetroffen und hat mit dem Reichskanzler Dr. Wirth und einigen Parteiführern Besprechungen gehabt. Dr. Hamm hat seine grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt, den Posten des Reichsfinanzministers anzunehmen, da die Ausführung der Bestimmungen des Ultimatums lebenswichtige bayerische Fragen berührt und er der Überzeugung ist, daß er als Reichsminister dem Interesse Deutschlands ebenso wie dem Interesse Bayerns wird dienen können.

Das Programm des Kabinetts Wirth.

Wie verlautet, wird der neue Reichskanzler am 31. Mai in der ersten Reichstagsitzung nach den Pflichten eine Programmrede halten, in der er dem Reichstage auch Mitteilungen machen wird über die Art der Erfüllung der deutschen Reparationspflichten gegenüber der Entente. Die Reichsregierung arbeitet augenblicklich an einem großen Reparationsplan, über den bereits in den nächsten Tagen Mitteilungen der Öffentlichkeit übergeben werden sollen. Die aussererlegten ersten Zahlungsfristen werden strikt innegehalten werden. In seiner Programmrede wird sich Reichskanzler Dr. Wirth auch ausführlich über das oberösterreichische Problem äußern, das bis dahin gelöst sein wird. Die Reichsregierung bringt auf eine beschleunigte Lösung der oberösterreichischen Frage, die we-

gen der Unsicherheit in der Kohlenlieferung bereits beginnt, für Deutschland und seine übernommenen Kohlenlieferungen katastrophal zu wirken.

Zur Regierungsbildung in Preußen

Verlautet aus guter Quelle, daß die bürgerlichen Parteien eine Wiederherstellung des alten Kabinetts keineswegs dulden werden und die Deutsche Volkspartei bei einer Umbildung ihrerseits neue Forderungen stellen wird und auf eine Beteiligung an der Regierung Wert legt. Ministerpräsident Stegerwald will Ende Mai mit den Parteien verhandeln und eine Neuwahl des Ministerpräsidenten in Anregung bringen.

Bayern entwaffnet.

Nr. Einer der Hauptpunkte der soeben überreichten Ausführungsnote des Generals Rollet zum Ultimatum, soweit dieses die Entwaffnung betrifft, handelt von der Waffenablieferung der deutschen Selbstschutzorganisationen und natürlich in der Hauptsache der bairischen. Der 30. Juni wird nunmehr als der endgültig letzte Termin festgesetzt, bis zu dem sämtliche angemeldeten Waffen abzuliefern sind. Am 30. Juni werden also die bairischen Einwohnerwehren aufgelöst sein und der Vergangenheit angehören, und damit werden wir eine Streitfrage hinter uns haben, die verschiedentlich den Anschein gewonnen, als ob durch sie der weitere Bestand des Reiches in Frage gestellt würde. Aus dem ganzen übrigen Reich forderte man bei jeder Erneuerung des Ententeberlangens auf Entwaffnung, daß Bayern auf seinen Selbstschutz verzichten solle und in Bayern nahm man diese Aufforderung über und es schallte lauter aus dem Walde heraus, als es hinein geschallt hatte. Berichtet sich am Rande, daß es im Bayernlande gewisse Kreise gab, die mit dem Willen auf Frankreich und die Münchner französische Mission landesverräterische Sonderbestrebungen hatten, und denen mit dem Hin und Her von Gründen und Gegengründen natürlich weidlich gedient war. Aus dieser Gegend stammten denn auch die verletzten Andeutungen über die Reichsverdrossenheit Bayerns und die Abtrennungsbewegung, wodurch die Stimmung im übrigen Deutschland immer weiter verschlechtert wurde. In Preußen, Baden, Württemberg wollte und konnte man nicht zugeben, daß die Republik in Bayern eines Tages von neuem von links her bedroht werden könne, was von der Regierung Rahr immer wieder betont wurde, und in Bayern wiederum konnte und wollte man nicht verstehen, daß man jenseits der bairischen Grenzen ein Sonderverrecht Bayerns nicht anerkennen wollte. All das ist nunmehr aber durch die deutsche Unterschrift unter das Ultimatum erledigt, und obgleich von rechtsstehender Seite in Bayern wie im Reich ansehnend letzte Versuche angestellt werden, um Bayern zum weiteren Durchhalten anzuregen, kann man erfreulicherweise die Erwartung hegen, daß die Entwaffnung der bairischen Selbstschutzorganisationen bis zu dem angegebenen Zeitpunkt erfolgen wird. Hat doch selbst der ungekrönte König von Bayern, der Bauernführer Dr. Heim, sich in diesem Sinne in der Unterzeichnungsmacht im Reichstag vernehmen lassen. Es wird sich erweisen, daß im letzten Grunde die Entwaffnungsfrage für Bayern und das Reich immer mehr ein Problem technischer Art gewesen ist, abgesehen es manchmal nicht diesen Anschein hatte, und am Ende wird sich auch hier wieder zeigen, daß der Reichsgedanke durch alle Widerstände nur immer weiter gestärkt wird.

Korfantys neuester Schachzug.

Nr. Bei der Bewertung des Korfantys-Telegramms, in dem er seinen Rücktritt ankündigt, ist mehrfach ein Optimismus zutage getreten, der, wie dem Auer Tageblatt geschrieben wird, keinerlei Berechtigung hat. Es ist verkehrt anzunehmen, daß nunmehr die Liquidation des oberösterreichischen Auftrags erfolgen würde, und es besteht auch kein Grund zu der Annahme, daß Korfanty durch Warschau oder durch die Rede Lloyd Georges zu seinem Schritt beeinflusst worden ist. Viel näher liegt vielmehr die Vermutung, daß gewisse gute Freunde in Oppeln ihm diesen Schritt angeraten haben, und wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß General Berond selbst keine Hand mit in diesem Spiel hat. Es ist doch nicht bestritten worden und es kann nicht bestritten werden, daß der französische Militärbesehlshaber General de Brantes in den letzten Tagen wiederholt mit den österreichischen verhandelt hat. Auf diesem Wege wird wahrscheinlich dann die französische Anregung zu Korfantys gebrungen sein. Korfanty will keineswegs das ganze Aufstandsgebiet räumen, sondern nur ein Gebiet, das, wie es in dem Telegramm ausdrücklich heißt, groß genug ist, um zu sichern, daß die Feindseligkeit mit den Deutschen sofort aufhöre. Das bedeutet also, daß Korfanty nichts anderes will als Verhandlungen mit der interalliierten Kommission, um zur Festlegung einer Demarkationslinie zu kommen. Dabei ist ja ganz gleichgültig, ob diese Linie drei, vier oder fünf Kilometer hinter der jetzt gehaltenen Linie liegt. Im eigentlichen Aufstandsgebiet will Korfanty nach wie vor seine Macht befestigen und aufbauen. Korfanty will aber noch mehr. Er hängt sich jetzt ein ernstliches Mantelchen um,

er will aus dem eigenen Unrecht heraus und will die deutschen Verteidiger heimatischen Bodens in Unrecht setzen. Von den französischen Truppen, die die sogenannte neutrale Zone besetzen sollen, hat er, daß haben ja die Ereignisse hinlänglich gezeigt, nichts zu befürchten. Er hofft aber, daß es zu Konflikten zwischen diesen Truppen und dem deutschen Selbstschutz kommen wird, da der Selbstschutz ein berechtigtes Mißtrauen gegenüber den französischen Truppen zeigen wird, die bisher oberösterreichischen Boden gegen die Polen nicht verteidigt haben und von denen nicht anzunehmen ist, daß sie das in Zukunft tun werden. Da die Anregung zu dem Telegramm offenbar von der interalliierten Kommission selbst gekommen ist, so besteht auch die berechnete Befürchtung, daß diese sich nunmehr zu Verhandlungen mit Korfanty bereit erklären dürfte. Solche Verhandlungen würden aber eine Anerkennung von Korfantys und eine Anerkennung des bestehenden Zustandes bedeuten. Dagegen müssen wir aufs allerhöchste Front machen, denn dann würde zu dem tatsächlichen Bankrott der interalliierten Kommission auch noch eine rechtliche Bankrotterklärung treten. Es besteht also aller Grund, den weiteren Verlauf der Dinge mit dem größten Ernst zu betrachten, denn allem Anschein nach wird ein Abschluß dieser Verhandlungen die Einigung darstellen, die Frankreich erstrebt, und die dann auf unsere Kosten, auf Kosten Oberösterreichs, zustande kommen soll.

Korfantys Appell an Lloyd George.

Ein Telegramm Korfantys.

Morning Post veröffentlicht ein langes Telegramm, das Korfanty an Lloyd George in Erwiderung auf dessen Unterhausrede über Oberösterreich gerichtet hat. Korfanty erklärt darin, er habe durch seine Unternehmung die Anarchie und den Bürgerkrieg in Oberösterreich verhindert. (1) Weiter heißt es in dem Telegramm: Gewisse englische wie auch französische Kreise könnten Ihnen sagen, daß ich in Berlin während des großen Krieges mein Leben auf Spiel setzte (1), um selbstlos der Sache Englands und Frankreichs zu dienen. Korfanty appelliert zum Schluß an das Gerechtigkeitsgefühl Lloyd Georges und seine Ehre als Engländer und fordert einen gerechten Urteilspruch, der auf den Vertrag von Versailles gegründet sei.

Korfanty kompromittiert die Alliierten.

In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des Daily Express erklärte Korfanty: Wenn die Alliierten den polnischen Standpunkt nicht einnehmen, so würde er Oberösterreich verlassen. Die Alliierten würden dann aber für die folgenden Ereignisse verantwortlich sein. Wenn er gehe, werde in Oberösterreich das Chaos herrschen (?). Korfanty erklärte, gegenüber Polen sei nichts aus reiner Liebe geschähen. Dies sei besonders wahr im Hinblick auf Großbritannien, dessen Haltung gegenüber Polen durch politische Notwendigkeiten bedingt sei.

Die polnische Regierung läßt Korfanty fallen.

Der polnische Ministerrat beratschlagt zurzeit über die Stellungnahme der Regierung zur oberösterreichischen Frage, besonders zur jüngsten Rede Lloyd Georges. Das Resultat dieser Beratungen wird eine Erklärung des Premierministers Witos sein, die dieser in der heutigen Landtagsitzung abgeben wird. Soweit bis jetzt feststeht, wird Witos sich nicht mit einer kurzen Erklärung begnügen, sondern Lloyd Georges Ausführungen Punkt für Punkt beantworten. Man glaubt, annehmen zu können, daß die Regierungserklärung bei aller Wahrung der polnischen Behauptung, daß Oberösterreich ursprünglich polnisch gewesen und dies zum größten Teil auch geblieben sei, nicht nur entschieden jede Kenntnis der polnischen Regierung von dem sich vorbereitenden Aufstande verneinen, sondern auch in unzulänglicher Weise von Korfanty abrücken werde.

Lloyd George über Oberösterreich.

Lloyd George erklärte: Seine Rede vom 13. d. M. sei von der öffentlichen Meinung der alliierten Länder einstimmig gebilligt worden. Großbritannien werde der von der Mehrheit der Mächte, die zur Festlegung der östlichen Grenze berechtigt seien, getroffenen Entscheidung sich getreulich anschließen, wie auch immer der Spruch ausfallen möge. Wir nehmen, sagte er, daß die Mehrheit voll an als Ausdruck der Wünsche der Bevölkerung Oberösterreichs.

Das Fair Play Englands.

Neuterbüro erzählt: Die Haltung der britischen Regierung gegenüber dem Aufstand in Oberösterreich sei festhalten an ihrem Fair Play gegen Polen, sowie gegen Deutschland, eine Haltung, die sich auf den Versailles Vertrag stützt. Großbritannien beabsichtige, loyal seine Verpflichtungen auszuführen, könne aber keinen Versuch dulden, der Entscheidung des Obersten Rates durch Schaffung eines fait accompli vorzugreifen. Der britische Standpunkt zur Frage einer Teilung Oberösterreichs sei vollständige Unparteilichkeit. Die Haltung der deutschen Regierung werde als völlig korrekt angesehen. Aber das bilatorische Verhalten der Polen, die es unterließen, die Grenze zu Beginn des Aufstandes zu schließen, wird als durchaus unbefriedigend angesehen.

Propaganda für den unabhängigen Staat Oberösterreich.

Der diplomatische Mitarbeiter der Daily News schreibt, es herrsche allgemein Uebereinstimmung darüber, daß der oberösterreichische Industriebezirk nicht ohne ernste wirtschaftliche Gefahren geteilt werden könne. Es sei jedoch äußerst unwahr-